

Stand: 08.02.2026 16:59:09

## Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16313

"Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern: EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen  
01.03.2017 - 31.05.3017"

---

### Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 17/16313 vom 04.04.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/17724 des HA vom 11.07.2017
3. Beschluss des Plenums 17/17868 vom 18.07.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 108 vom 18.07.2017



## **Europaangelegenheit**

**des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie  
regionale Beziehungen**

**Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;**

**Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und  
Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern:  
EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen**

**01.03.2017 – 31.05.2017**

### **Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO**

1. Der Ausschuss hat in seiner 57. Sitzung am 4. April 2017 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Verfahren zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen.
3. Die Staatsregierung wird gebeten, für die federführende Beratung eine Stellungnahme mit einer Beschlussempfehlung vorzulegen.

### **Begründung:**

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung.

Die Konsultation befasst sich im Hinblick auf mögliche Maßnahmen der EU zur Terrorbekämpfung mit Auswirkungen von Bargeldeinschränkungen auf einzelne Unternehmen und Organisationen wie auch auf die Wirtschaft im Allgemeinen. Ziel der Initiative ist es zu prüfen, ob Maßnahmen auf EU-Ebene angezeigt sind. Sollte es in der Folge zu Einschränkungen beim Barzahlungsverkehr kommen, so wären sicherheitsrechtliche wie auch wirtschaftliche Belange des Freistaats Bayern berührt.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen**

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**

Drs. 17/16313

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union; Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern:  
EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen  
01.03.2017 - 31.05.2017**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag unterstützt das Ziel der Kommission, auf EU-Ebene intensiver gegen Terrorismusfinanzierung vorzugehen. Die von der Kommission erwogene EU-weite Einführung von Beschränkungen bei Barzahlungen durch Meldepflichten oder Bargeldobergrenzen ist hierzu jedoch weder geeignet noch verhältnismäßig. Solche Beschränkungen greifen vielmehr massiv in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ein, haben negative Auswirkungen auf Handel und Verbraucher, und leisten keinen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Der Bayerische Landtag fordert die Kommission daher auf, zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung alternative Maßnahmen wie eine bessere Kontrolle des unbaren Zahlungsverkehrs auf EU-Ebene verstärkt weiterzuverfolgen.

Bargeld ist geprägte Freiheit. In Deutschland gilt dies besonders, da laut einer Studie der Deutschen Bundesbank 2014 fast 80 % der Bezahlvorgänge mit Bargeld durchgeführt wurden, was ca. 53 % der Umsätze entsprach. Die Einführung von Barzahlungsbeschränkungen kommt einer Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger gleich. Bargeld ist das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im Euroraum; seine Verwendung kann daher nicht per se Indiz für illegales Handeln sein. Währungen basieren auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Dem darf der Staat nicht mit Misstrauen begegnen. Die Anonymität bei Barzahlungen garantiert den in der Grundrechtecharta der EU verankerten und vom Bundesverfassungsgericht hergehobenen Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten. Mit Einführung einer Bargelobergrenze droht der Einstieg in die Abschaffung des Bargelds.

Bargeld schafft Vertrauen und Sicherheit. Barzahlungen sind für Handel und Verbraucher einfach und endgültig. Gerade die Barzahlung erleichtert die Kostenkontrolle für den Verbraucher. Der Zwang zu elektronischen Zahlungsmethoden mittels Bargelobergrenze bürdet Handel und Verbrauchern zusätzliche Kosten und Risiken auf. So kann ein Geschäftspartner insolvent werden, bevor die Zahlung eingeht. Auch bietet Bargeld Schutz vor Cyberangriffen und garantiert den Fortbestand des Wirtschaftslebens im Krisenfall, da es keiner technischen Infrastruktur bedarf und damit grundsätzlich überall und von jedem eingesetzt werden kann. Die Einführung einer EU-weit einheitlichen Bargelobergrenze würde zu Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraft in den Mitgliedstaaten führen. Zusätzliche Meldepflichten bei Barzahlungen schaffen deutlich mehr Aufwand und Bürokratie. Nicht zuletzt schützt Bargeld das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger vor den Negativzinsen der Europäischen Zentralbank.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags leistet die EU-weite Einführung von Beschränkungen bei Barzahlungen keinen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Terroristen weichen vermehrt auf virtuelle Währungen und andere alternative Zahlungsmethoden aus. Daneben werden für terroristische Anschläge regelmäßig nur geringe Geldbeträge und einfache Mittel benötigt. Gerade die im Juli 2016 in Bayern stattgefundenen Terroranschläge von Würzburg und Ansbach haben deutlich gemacht, dass sich Terroristen einfachster Mittel bei der Tatenausführung bedienen. Meldepflichten oder Bargeldobergrenzen hätten weder diese Taten noch die nachfolgenden Anschläge in Berlin, London und Stockholm verhindert.

Der Bayerische Landtag unterstützt die mit der Vierten Geldwäsche-Richtlinie beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Danach obliegen Personen, die mit Gütern handeln, bereits Sorgfaltspflichten, wenn sie Barzahlungen von 10 000 Euro oder mehr tätigen oder entgegennehmen. Der Bayerische Landtag ist der Auffassung, dass auf EU-Ebene die Arbeiten zur weiteren Fortentwicklung der Vierten Geldwäsche-Richtlinie zügig fortgesetzt und erfolgreich beendet werden sollen. Anstelle der Einführung von Beschränkungen bei Barzahlungen sollten eine Stärkung der Kontrolle des unbaren Zahlungsverkehrs, eine bessere Überwachung virtueller Währungen und anderer alternativer Zahlungsmethoden sowie eine rechtliche und personelle Stärkung von Europol erfolgen.

Berichterstatter:  
Mitberichterstatter:

**Wolfgang Fackler**  
**Harald Güller**

## II. Bericht:

1. Der EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat die EU-Konsultation gemäß § 83d BayLTGeschO mitberaten.
2. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 161. Sitzung am 4. Juli 2017 beraten und einstimmig beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat das Konsultationsverfahren in seiner 161. Sitzung am 4. Juli 2017 federführend beraten und zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung  
SPD: 2 Zustimmung, 3 Ablehnung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Zustimmung empfohlen.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 63. Sitzung am 11. Juli 2017 endberaten und einstimmig Zustimmung zur Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses empfohlen.

**Peter Winter**

Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;  
Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt,  
Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte,  
Verbraucherschutz, Steuern:  
EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen  
01.03.2017 – 31.05.2017**

Drs. 17/16313, 17/17724

Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass folgende Stellungnahme abzugeben:

Der Bayerische Landtag unterstützt das Ziel der Kommission, auf EU-Ebene intensiver gegen Terrorismusfinanzierung vorzugehen. Die von der Kommission erwogene EU-weite Einführung von Beschränkungen bei Barzahlungen durch Meldepflichten oder Bargeldobergrenzen ist hierzu jedoch weder geeignet noch verhältnismäßig. Solche Beschränkungen greifen vielmehr massiv in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ein, haben negative Auswirkungen auf Handel und Verbraucher, und leisten keinen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Der Bayerische Landtag fordert die Kommission daher auf, zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung alternative Maßnahmen wie eine bessere Kontrolle des unbaren Zahlungsverkehrs auf EU-Ebene verstärkt weiterzuverfolgen.

Bargeld ist geprägte Freiheit. In Deutschland gilt dies besonders, da laut einer Studie der Deutschen Bundesbank 2014 fast 80 Prozent der Bezahlvorgänge mit Bargeld durchgeführt wurden, was ca. 53 Prozent der Umsätze entsprach. Die Einführung von Barzahlungsbeschränkungen kommt einer Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger gleich. Bargeld ist das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im Euroraum; seine Verwendung kann daher nicht per se Indiz für illegales Handeln sein. Währungen basieren auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Dem darf der Staat nicht mit Misstrauen begegnen. Die Anonymität

bei Barzahlungen garantiert den in der Grundrechtecharta der EU verankerten und vom Bundesverfassungsgericht hervorgehobenen Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Daten. Mit Einführung einer Bargelobergrenze droht der Einstieg in die Abschaffung des Bargelds.

Bargeld schafft Vertrauen und Sicherheit. Barzahlungen sind für Handel und Verbraucher einfach und endgültig. Gerade die Barzahlung erleichtert die Kostenkontrolle für den Verbraucher. Der Zwang zu elektronischen Zahlungsmethoden mittels Bargelobergrenze bürdet Handel und Verbrauchern zusätzliche Kosten und Risiken auf. So kann ein Geschäftspartner insolvent werden, bevor die Zahlung eingeht. Auch bietet Bargeld Schutz vor Cyberangriffen und garantiert den Fortbestand des Wirtschaftslebens im Krisenfall, da es keiner technischen Infrastruktur bedarf und damit grundsätzlich überall und von jedem eingesetzt werden kann. Die Einführung einer EU-weit einheitlichen Bargelobergrenze würde zu Wettbewerbsverzerrungen aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraft in den Mitgliedstaaten führen. Zusätzliche Meldepflichten bei Barzahlungen schaffen deutlich mehr Aufwand und Bürokratie. Nicht zuletzt schützt Bargeld das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger vor den Negativzinsen der Europäischen Zentralbank.

Aus Sicht des Bayerischen Landtags leistet die EU-weite Einführung von Beschränkungen bei Barzahlungen keinen wirksamen Beitrag zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Terroristen weichen vermehrt auf virtuelle Währungen und andere alternative Zahlungsmethoden aus. Daneben werden für terroristische Anschläge regelmäßig nur geringe Geldbeträge und einfache Mittel benötigt. Gerade die im Juli 2016 in Bayern stattgefundenen Terroranschläge von Würzburg und Ansbach haben deutlich gemacht, dass sich Terroristen einfacher Mittel bei der Tatenführung bedienen. Meldepflichten oder Bargelobergrenzen hätten weder diese Taten noch die nachfolgenden Anschläge in Berlin, London und Stockholm verhindert.

Der Bayerische Landtag unterstützt die mit der Vierten Geldwäsche-Richtlinie beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Danach obliegen Personen, die mit Gütern handeln, bereits Sorgfaltspflichten, wenn sie Barzahlungen von 10.000 Euro oder mehr tätigen oder entgegennehmen. Der Bayerische Landtag ist der Auffassung, dass auf EU-Ebene die Arbeiten zur weiteren Fortentwicklung der Vierten Geldwäsche-Richtlinie zügig fortgesetzt und erfolgreich beendet werden sollen. Anstelle der Ein-

führung von Beschränkungen bei Barzahlungen sollten eine Stärkung der Kontrolle des unbaren Zahlungsverkehrs, eine bessere Überwachung virtueller Währungen und anderer alternativer Zahlungsmetho-

den sowie eine rechtliche und personelle Stärkung von Europol erfolgen.

Der Beschluss wird unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 15 und 53. Es sind dies der Antrag der Abgeordneten Scheuenstuhl, von Brunn, Woerlein und anderer (SPD) betreffend "Kinderschutz ernst nehmen – kein Glyphosat-Einsatz auf von Kindern genutzten Flächen" auf der Drucksache 17/17137 und der Antrag der Abgeordneten Schorer-Dremel, Dr. Hünnerkopf, Brendel-Fischer und anderer (CSU) betreffend "Umweltschonender Einsatz von Glyphosat" auf der Drucksache 17/16744. Der Aufruf erfolgt morgen am Ende der Tagesordnung.

(...)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Über die übrigen Vorgänge auf der Liste lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind in diesem Fall wohl alle. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit, eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern:  
EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen  
01.03.2017 – 31.05.2017  
Drs. 17/16313, 17/17724 (E)

Auf Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:  
Votum des endberatenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

sowie der Ergänzung, dass der Bericht unmittelbar an die Europäische Kommission übermittelt wird.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Verfassungsstreitigkeit**

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 20. Juni 2017 (Vf. 10-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans „Am Stadtpark“ Nr. 6102-78/0 der Stadt Roding vom 18. Dezember 2015  
PII/G1310.17-0008  
Drs. 17/17739 (E)

Der Landtag beteiligt sich nicht an dem Verfahren.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD  
Rettungsgasse rettet Leben I:  
Maßvolle Ausweitung der Halterhaftung  
Drs. 17/16169, 17/17399 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD  
Rettungsgasse rettet Leben II:  
Aufklärungskampagne zur Rettungsgasse  
Drs. 17/16170, 17/17400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Klaus Adelt, Annette Karl u.a. SPD  
Rettungsgasse rettet Leben III:  
Rechtsfahrgebot für Lkw bei Stau  
Drs. 17/16171, 17/17401 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,  
Kathi Petersen u.a. SPD  
Für eine bessere Drogenprävention an Bayerns Schulen!  
Drs. 17/16364, 17/17695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Bernhard Seidenath,  
Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Bayern hilft! Aktionskonzept zur Verbesserung der Reanimation durch  
Laien bei Herz-Kreislauf-Stillstand  
Drs. 17/16495, 17/17707 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Geburtshilfe in Bayern sichern I – im Krankenhausplan Zeichen setzen  
Drs. 17/16617, 17/17696 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geburtshilfe in Bayern sichern II – Sicherstellungszuschlag ermöglichen Drs. 17/16618, 17/17697 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Familien stärken – optimale Förderung durch hohe Qualität im Ganztag Drs. 17/16647, 17/17679 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Familien stärken – Keine Schule ohne Ganztag Drs. 17/16648, 17/17680 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayer u.a. SPD Gerechtigkeit. Bildung. Zukunft. Sonderinvestitionsprogramm Ganztag an Schulen Drs. 17/16649, 17/17681 (A)

**über den Antrag wurde gesondert abgestimmt**

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Spielhallenwildwuchs einschränken  
Drs. 17/16671, 17/17765 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kurzzeitpflegeplätze sichern  
Drs. 17/16737, 17/17698 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Umweltschonender Einsatz von Glyphosat  
Drs. 17/16744, 17/17719 (G)

**der Antrag wurde zusammen mit Drs. 17/17137 gesondert beraten**

16. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU  
Belegarztsystem in Bayern erhalten  
Drs. 17/16754, 17/17699 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Hilfen für frostgeschädigte Obst- und Weinbauern auf den Weg bringen!  
Drs. 17/16765, 17/17758 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Berufliche Bildung weiter stärken: Aufbau einer integrierten Lehrerreserve  
an beruflichen Schulen  
Drs. 17/16767, 17/17682 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Holzlieferverträge der Bayerischen Staatsforsten mit Ilm-Timber  
Drs. 17/16768, 17/17504 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anzeigepflicht für die Pferdeerkrankung „Druse“  
Drs. 17/16769, 17/17685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,  
Gudrun Brendel-Fischer, Josef Zellmeier u.a. und Fraktion (CSU)  
Keine Verschärfung der TA Luft über EU-Vorgaben hinaus  
Drs. 17/16778, 17/17686 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll,  
Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)  
Berufliche Schulen stärken – Bildungspaket deutlich nachbessern  
Drs. 17/16779, 17/17678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ab-Hof-Verkauf von Milch nicht durch Bürokratie kaputt machen – Ausnahme von  
der Mess- und Eichverordnung für „Milchtankstellen“ durchsetzen!  
Drs. 17/16780, 17/17712 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Liefer- und Versorgungsengpässe von Medikamenten und Impfstoffen vermeiden  
Drs. 17/16784, 17/17700 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine überstürzte Festlegung eines dritten Nationalparks!  
Drs. 17/16785, 17/17687 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Kein Freibrief zur Luftverschmutzung für die Agrarindustrie  
Drs. 17/16799, 17/17688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
TA Luft: 1:1-Umsetzung der EU-Vorgaben beibehalten!  
Drs. 17/16800, 17/17751 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Berufliche Schulen fit für die Zukunft machen: Berufliche Bildung darf für die Staatsregierung nicht länger bildungspolitischer Nebenschauplatz sein!  
Drs. 17/16801, 17/17694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anerkennung des Sach- und Fachkundenachweises für Rassegeflügelzüchter  
Drs. 17/16818, 17/17503 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
EU-Regulierungssinn stoppen: Spezielle Vermarktungsnormen abschaffen  
Drs. 17/16825, 17/17442 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Verweildauer von Asylbewerbern in bayerischen Gemeinschaftsunterkünften  
Drs. 17/16826, 17/17706 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Alternativen zum PMSG-Hormon aufzeigen und Tierschutzstandards  
durchsetzen  
Drs. 17/16827, 17/17689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Leistungen der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen für Bayern  
Drs. 17/16832, 17/17731 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Nachrüstung der Dienstwagenflotte des Freistaates  
Drs. 17/16833, 17/17729 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures u.a. SPD  
Bericht der Staatsregierung zur künftigen Ausrichtung der EU-Sozialpolitik  
Drs. 17/16838, 17/17667 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Dr. Paul Wengert, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)  
Kommunen bei Bekämpfung der Glücksspielsucht unterstützen – Spielhallendichte reduzieren, Rechtssicherheit schaffen  
Drs. 17/16839, 17/17716 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Polizeihubschrauberstaffel Bayern (PHuStBy)  
Drs. 17/16913, 17/17402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Familien beim Spagat zwischen Beruf, Familie und Pflege unterstützen – Arbeitswelt familienfreundlich gestalten!  
Drs. 17/16933, 17/17551 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Angelika Schorer,  
Dr. Otto Hünerkopf u.a. CSU  
Frostschäden – Bauern nicht alleine lassen  
Drs. 17/16941, 17/17759 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Ausweitung der Schuldengemeinschaft –  
Kein Europäischer Währungsfonds  
Drs. 17/16948, 17/17730 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher,  
Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias u.a. und Fraktion (SPD)  
Neue Hochschule für Nürnberg – Ziele und Zeitplan  
Drs. 17/16962, 17/17662 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

42. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Tödlicher Listerienausbruch in Süddeutschland:  
Warum wurde bei amtlichen Kontrollen nie etwas gefunden?  
Drs. 17/16966, 17/17690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

**Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Ablehnung“  
zugrunde zu legen**

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Weniger Tierleid an Schlachthöfen  
Drs. 17/16968, 17/17691 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht über die Frostschäden im Frühjahr 2017  
Drs. 17/16983, 17/17760 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Frostschäden im Obst- und Weinbau – unbürokratische Hilfe für Erzeugerinnen  
und Erzeuger  
Drs. 17/16993, 17/17761 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Susann Biedefeld,  
Herbert Woerlein u.a. SPD  
Schlachthof in Fürstenfeldbruck  
Drs. 17/16994, 17/17692 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,  
Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU  
Stand der Umsetzung von Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung  
an bayerischen Hochschulen  
Drs. 17/16996, 17/17663 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

48. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neuer Hochschulcampus Nürnberg – Planungen transparent gestalten  
Drs. 17/17011, 17/17664 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Den Landtag in die Entscheidungsprozesse zur Errichtung einer  
Technischen Universität 4.0 für Nürnberg involvieren  
Drs. 17/17012, 17/17665 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Herbert Woerlein, Susann Biedefeld u.a. und Fraktion (SPD)  
Tierleid an Schlachthöfen minimieren – Vorgaben und Arbeitsprozesse  
überprüfen  
Drs. 17/17015, 17/17738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

51. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Tierschutz sicherstellen: Prüf- und Zulassungsverfahren für Betäubungsgeräte einführen!  
Drs. 17/17016, 17/17693 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

52. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)  
Verstöße gegen Tierschutzrecht in Schlachthöfen ahnden – Reform der Veterinärverwaltung in Bayern zügig umsetzen!  
Drs. 17/17017, 17/17752 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Herbert Woerlein SPD  
Kinderschutz ernst nehmen – kein Glyphosat-Einsatz auf von Kindern genutzten Flächen  
Drs. 17/17137, 17/17720 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

**der Antrag wurde zusammen mit Drs. 17/16744 gesondert beraten.**

54. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD  
Masterplan Freiflächengestaltung Kunstareal München  
Drs. 17/17145, 17/17666 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Infrastrukturgesellschaft Verkehr darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen  
Drs. 17/16783, 17/17530

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**

56. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Andreas Lotte u.a. und Fraktion (SPD)  
Bundesfernstraßengesellschaft: Rechtssicherheit für die Beschäftigten  
Drs. 17/16803, 17/17531

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**

57. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Bericht zum Polizeieinsatz am 31.05.2017 in Nürnberg  
Drs. 17/17203, 17/17708

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**

58. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bericht zum Polizeieinsatz am 31.05.2017 in Nürnberg  
Drs. 17/17286, 17/17709

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**

59. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Bericht zum Polizeieinsatz am 31.05.2017 in Nürnberg  
Drs. 17/17432, 17/17710

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

**der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären.**